Regierung

Keine Strafanzeige gegen Informanten

Das Kanzleramt nimmt nun doch Abstand von der angekündigten Strafanzeige wegen der sich häufenden Medienberichte über geheime Regierungsdokumente. Als Reaktion auf einen Bericht des SPIEGEL (49/2014) hatte ein Sprecher bestätigt, dass die Regierung eine solche sehr ungewöhnliche Anzeige gegen unbekannt „beabsichtigt“. Seitdem scheint bei Kanzlerin Angela Merkel die Skepsis gewachsen zu sein. Gegen die nur geringen Aussichten, Informanten dingfest machen zu können, steht offenkundig die große Sorge, Kritik aus Parlament und Presse auf sich zu ziehen. Deren Arbeit droht nämlich beeinträchtigt zu werden, wenn der Druck auf „Whistleblower“ durch eine Strafanzeige erhöht wird. Die Regierung vermutet die undichten Stellen nicht zuletzt im Kreis jener Bundestagsabgeordneten, die die deutschen Geheimdienste beaufsichtigen. Ihnen hatte Kanzleramtschef Peter Altmaier bereits vor Wochen eine härtere Verfolgung von Indiskretionen angekündigt. red



Lucke

AfD

Ratschläge von den Russen

Spitzenleute der eurokritischen Alternative für Deutschland (AfD) wollen sich künftig von russischen Diplomaten beraten lassen. Nach Bundesvorstand Alexander Gauland haben nun auch AfD-Bundesgeschäftsführer Georg Pazderski und Pressesprecher Christian Lüth die russische Botschaft in Berlin besucht. Zwei Stunden lang tauschten sie sich am 26. November mit dem Gesandten Oleg Krasnitzky über die Haltung der AfD zu den Russland-Sanktionen und zur Ukraine-Krise aus. Auch Botschafter Wladimir Grinin begrüßte die Gäste. Die Russen boten den Euro-Gegnern strategische Beratung an. Während Bundessprecher Bernd Lucke dieses Angebot skeptisch sieht, will Gauland es annehmen: „Es spricht nichts gegen einen regelmäßigen konstruktiven Austausch mit den Russen.“ Deren Diplomaten seien keine „Hardliner“, und es gebe „keine vergleichbaren Angebote anderer befreundeter Staaten an uns“. Ähnlich sieht es der Thüringer Landeschef Björn Höcke: „Gegen Ratschläge und offene Gespräche spricht nichts.“ Gerüchte, die Russen versuchten, über den Gold-Shop der AfD oder über Kredite an Funktionäre Einfluss auf die Partei zu nehmen, wies die AfD zurück. „Wir wollen bis hinunter auf unsere Bezirksebene sicherstellen, dass dies nicht geschieht“, sagte der Pressesprecher der Partei. ama

Islamismus

Besorgte Eltern

Die Zahl der Anrufe bei der bundesweiten Beratungsstelle Radikalisierung hat sich in einem Jahr verdoppelt. Bei der seit 2012 existierenden Telefon-Hotline des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg können sich Anrufer melden, die fürchten, dass sich junge Männer oder Frauen aus ihrer Familie, aus dem Freundeskreis oder der Schule islamistisch radikalisieren. Derzeit gehen nach Auskunft der Stelle „zwischen drei und fünf neue Fälle pro Woche ein“. Die Anrufer berichten verstärkt von geplanten oder bereits erfolgten Ausreisen, zum Beispiel nach Syrien, Ägypten oder Saudi-Arabien. Am häufigsten kommen Anrufe von den Eltern, vorrangig den Müttern. Während es früher vor allem um deutsche Konvertiten ging, hat inzwischen die Hälfte der potenziellen Islamisten Migrationshintergrund. Ihr Durchschnittsalter liegt bei 19 Jahren. Die meisten Anrufe erreichen die Beratungsstelle aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Berlin, Bremen und Hamburg. fri

Geheimdienste

Druck auf Separatisten

Geheimdienstler aus Nato-Staaten warnen vor einer Fehleinschätzung der russischen Ukraine-Politik. Präsident Wladimir Putin werde eine Niederlage der Separatisten im Kampf gegen die ukrainische Armee zwar nicht hinnehmen, wolle aber nicht eskalieren. Der Kreml zielt nach dieser Einschätzung vielmehr auf eine Umwandlung der beiden Separatistengebiete um Donezk und Luhansk in funktionierende Verwaltungseinheiten. Im Fall einer Einigung mit Kiew sollten die beiden Gebiete in einer dann föderalisierten Ukraine den Einfluss Moskaus sicherstellen. Vor diesem Hintergrund verweisen die Geheimdienstler darauf, dass die russischen Spezialkräfte in der Ostukraine, laut offizieller Nato-Angabe einige Hundert Mann, auch eine Kontrollfunktion ausübten. Die Nachrichtendienstler gehen von mehr als einem Dutzend Gruppen unter den Separatisten aus, die in der Vergangenheit oft unkoordiniert vorgegangen und für Putin nur schwer zu steuern gewesen seien. Das wolle der russische Präsident jetzt ändern. klw


Prorussische Kämpfer

FOTOS: FISCHER / DAVIDS (O.); ARTURAS MOROZOVAS / EST&OST (U.)

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel